

# Grundschullehrer werden benachteiligt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert: Schluss mit der Ungerechtigkeit bei der Bezahlung

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
PIA ECKSTEIN

Waiblingen/Backnang. Schule ist ungerecht. Nein, diesmal geht's nicht um Kinder, die gemeineweise nachsitzen müssen, obwohl gar nichts war. Es geht um Lehrerinnen und Lehrer. Denn in der Bezahlung ist Lehrer nicht gleich Lehrer. Grundschullehrer bekommen weniger. Immer. Viele Hauptschullehrer auch. Das darf so nicht sein, fordert die GEW.

Alle Schularten sollen „mit dem gleichen Respekt“ behandelt werden, sagt Kultusministerin Eisenmann. Und sie sagt: „Am Anfang werden die Weichen gestellt.“ Eine Schulkarriere beginnt immer in der Grundschule. Grundschullehrer und -lehrerinnen sollten also den Worten ihrer Kultusministerin nach eine genauso hohe Wertschätzung erfahren wie die Kolleginnen und Kollegen aus allen anderen Schulen. Verbal gesehen passiert das – jedenfalls in politischen Veranstaltungen. Was den Geldbeutel von Grundschullehrern betrifft, ist von gleicher Wertschätzung allerdings nichts zu bemerken.

Michael Stoeß und Roland Theophil, die Kreisvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, versuchen – wieder einmal – die Ungerechtigkeit im Besoldungssystem unserer Schulen in den Fokus der politischen Diskussion zu rücken. Der Anlass: Es wird noch ungerechter. Nun ist's ja sowieso quasi unmöglich, das Bezahlungssystem in Schulen zu durchschauen.

Nimmt man zum Beispiel eine Gemeinschaftsschule, in der Hauptschullehrer, Realschullehrer und Gymnasiallehrer unterrichten, womöglich auch noch Sonderpädagogen, und von allen diesen die einen verbeamtet, andere nur angestellt, dann gibt es schon fast so viele unterschiedliche Besoldungen wie Lehrerinnen und Lehrer. Und das bei derselben Arbeit an denselben Kindern.

Dann je nach im Studium gewählter Schulart gibt's unterschiedliche Besoldung. Dienstjahre spielen eine Rolle und es macht einen großen Unterschied, ob verbeamtet oder nur angestellt. Ach ja, die wöchentlich abzuleistenden Stunden sind von der Anzahl her auch höchst unterschiedlich.

Die altgedienten verbeamteten Hauptschullehrer werden so bezahlt wie die verbeamteten Grundschullehrer. A 12 heißt die Eingruppierung. Das Gehalt liegt ungefähr zwischen 3400 und 4500 Euro brutto. Im Jahr 2011 wurde aber die Lehrerausbildung reformiert. Seitdem wird nicht mehr „Grund- und Hauptschullehrer“ studiert, sondern „Haupt- und Realschullehrer“.



Michael Stoeß und Roland Theophil von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verlangen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Bild: Mogck

Davon profitieren jetzt die Studienabgänger. Denn sie werden automatisch – dem Realschullehrer gemäß – in A 13 eingruppiert. Und damit eine Besoldungsstufe höher als die erfahrenen Kollegen mit dem alten Studienabschluss. Wer A 13 verdient, bekommt etwa zwischen 4000 und 5000 Euro.

Grundschullehrer bleiben nach wie vor bei A 12 und haben keine Chance, irgendwann höher zu steigen. Außer, sagt Michael Stoeß, sie übernehmen eine Schulleiterstelle. Schulleiter in kleinen Grundschulen, und meist sind diese Stellen zu haben, bekommen allerdings ganze 168 Euro brutto aufs Gehalt drauf.

## Altgediente Hauptschullehrer gucken in die Röhre

Die altgedienten Hauptschullehrer, die jetzt in die Röhre gucken, haben eine Chance, sich zu verbessern. Allerdings müssen sie dafür ordentlich was ableisten. Und das nach vielen Dienstjahren. Ein Jahr Fortbildung, Unterrichtsbesuch, und dann gibt's A 13. Vielleicht. Wenn die Landesregierung

dann auch Geld dafür bereitstellt. Und wenn die Hauptschullehrer bereits an Realschulen, Gemeinschaftsschulen oder an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren arbeiten. Oder dorthin wechseln. Trotzdem: Die GEW-Kreisvorstände rufen dazu auf, die Möglichkeit zu nutzen.

Bislang nämlich haben sich nur sehr wenige dafür entschieden.

Wer seiner Schule treu bleibt – im Rems-Murr-Kreis gibt es zwar gar keine Hauptschulen, aber immerhin noch drei Werkrealschulen –, für den gibt's auch keinen Neuanfang im Geldbeutel.

## Andere Länder, besseres Geld

■ Bundesweit herrscht großer Mangel an Grundschullehrern. Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen haben angesichts des Lehrermangels beschlossen, auch Grundschullehrer mit A 13 zu bezahlen.

■ In Baden-Württemberg wird dies nicht in Erwägung gezogen. Die Landesregierung behält auch nach wie vor für Grundschullehrer nur acht Semester Studium bei. Eine Expertenkommission hatte 2013 empfohlen, alle Lehramtsstudiengänge gleich lang zu gestalten. Seit dem Wintersemester 2015/2016 wird die von

der Expertenkommission erarbeitete Reform umgesetzt. Seither studieren Hauptschullehrer gleichzeitig auch Realschullehramt, und zwar in zehn Semestern. Bei Grundschullehrern aber, erklärt die GEW, sei die Landesregierung der Meinung, dass sie „weniger fachliche, didaktische und pädagogische Kompetenzen“ bräuchten.

■ Die kürzere Studiendauer rechtfertigt, die Besoldung schlechter zu lassen. Da in Grundschulen hauptsächlich Frauen in den Klassen stehen, spricht die GEW von einer „strukturellen Diskriminierung“.